



SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

P/XV/115 - 19. Mai 1960

BONN, Friedrich-Ebert-Allee 170
Fernsprecher 21831-33
Fernschreiber 0886890

Wir veröffentlichen in dieser Ausgabe:

Seite:

Zeilen:

1 - 2

Nach dem Fehlschlag

69

Von Günter Markscheffel, zur Zeit Paris

3

Paris in Berliner Sicht

52

Die Berliner lassen sich nicht erschüttern

4

Der Jugend Vertrauen schenken

51

Empfehlungen des Internationalen Arbeitsamtes

Von Bruno Kuster, Genf

5 - 6

Wohnungsbau für "Normalverbraucher"

91

Wuppertal, "Stadt in der Klemme" fand den Ausweg

7

Christen können in allen Parteien mitarbeiten

42

Zu einem politischen Podiumsgespräch in Dürren

* * *
* * *

Nach dem Fehlschlag

Von Günter Markscheffel, zur Zeit Paris

Noch während Chruschtschow vor 3 000 Journalisten seine turbulente Pressekonferenz gab, spielte sich diese Szene ab: Ein bekannter deutscher Journalist rief aufgeregt einem seiner Kollegen zu: "Da sehen Sie, mit dem Mann kann man nicht verhandeln!" Die Antwort: "Wollen Sie schießen?" - Der Journalist machte ein ärgerliches Gesicht. Ratlos blickte er durch die breiten Fenster des Palais Chaillot auf das in der Sonne liegende Paris, während einige Meter entfernt Chruschtschow seine Salven auf Eisenhower abschoß.

* * *

Diese Szene, ein kleiner menschlicher Ausschnitt in dem großen politischen Geschehen, kennzeichnet vielleicht besser als vieles andere die Gedanken und die innere Erregung jener, die in unmittelbarer Nähe die Gipfelkonferenz beobachtet haben. Es sind dies die internationalen Globetrotter aus allen Teilen der Welt, die seit Jahren in Ost und West das Auf und Ab der Spannungen verfolgen, die in Wort und Bild und durch ihre Arbeit Millionen Menschen an den politischen Ereignissen teilhaftig werden lassen. Man sollte meinen, sie wären abgebrüht. In dieser Woche und besonders am Mittwoch waren sie es nicht. Eine tiefe Erregung hatte sie alle gepackt. Sie spürten, daß der Sowjetpremier nicht nur "Informationen" gab, sondern im Vollbewußtsein, als Repräsentant einer Weltmacht in Paris zu stehen, sprach. Die Art, wie er es tat, war außergewöhnlich und für viele sicher auch abstoßend. Sie entsprach gewiß nicht dem Stil internationaler Pressekonferenzen. Aber diese Atmosphäre herrschte ja schon, als Chruschtschow bei seinem Eintreffen von "Buh"- und "Pfui"-Rufen, gemischt mit Beifallklatschen, empfangen wurde. Der Mann reagierte darauf so, wie man es bei seinem Temperament erwarten mußte. Er lächelte, tippte mit dem Zeigefinger seiner rechten Hand an die Stirn und warf sich dann mit Vehemenz in das Getümmel einer "Wahlversammlung".

* * *

Man mag sagen, daß die hier dargestellten Szenen des Schlußaktes einer verunglückter Gipfelkonferenz nur Äußerlichkeiten sind. Es steckt jedoch mehr darin. Warum, so fragt man sich hier, hat Präsident Eisenhower nicht ebenfalls das einmalige Forum der Weltöffentlichkeit für sich in Anspruch genommen und in Paris unumwunden die

Begründung für die amerikanische Haltung dargelegt? Am Abend dieses denkwürdigen Tages wurde diese Frage von den Menschen auf den Straßen in Paris überall gestellt. Sie wurde unter den Journalisten diskutiert, und sie bildete auch das Gesprächsthema der Mitglieder der nichtamerikanischen Delegationen. Man verhehlte nicht seine Unzufriedenheit darüber, daß der Westen gegenüber der massiven Darstellungsweise der Politik des Ostens in den Hintergrund getreten war. Und so sieht das Ganze aus wie ein Scherbenhaufen, verursacht durch eine Kraft, die rücksichtslos auftritt, während die gewiß vorhandene ordnende Kraft zu fehlen scheint.

* * *

Natürlich ist die Pariser Gipfelkonferenz nicht das Ende aller Dinge. Sie kann vielleicht sogar der Anfang einer neuen Periode nicht nur des Nachdenkens über Fehler der Vergangenheit, sondern des vorbereitenden Handelns in der Zukunft werden. Daß hierbei das rein Militärische nicht der Kern eines neuen Handelns sein kann, wird langsam zu einer Einsicht. Die militärischen Kräfte heben einander auf. Die destruktiven Kräfte eines aus falscher Politik fortgesetzten Wettrüstens wären das untauglichste Mittel zur Überwindung der gegenwärtigen Krise. Mehr, als sich gegenseitig zu zerstören, wäre selbst die perfektionierteste Rüstung nicht imstande.

* * *

Noch ein anderer Gedanke drängt sich jetzt bei den Suchen nach neuen Lösungen auf: Man beginnt zu begreifen, daß Größe und militärische Macht nicht alles sind, was den Inhalt einer Politik darstellen könnte. Größe und Macht verführen zu Reaktionen, die mehr von Prestige, weniger jedoch von Verstand und Vernunft diktiert sind. Das Machtbewußtsein, fundiert auf militärischer Stärke, blendet den Blick für die Realitäten der Umwelt. Es verführt zur Ignorierung des Wachstums anderer Weltfaktoren und macht blind vor den legitimen Forderungen aller anderen Völker, die sich in den vergangenen Jahren nicht einem der jetzt drohend einander gegenüberstehenden Machtblöcke angeschlossen haben. Es sind dies viele kleinere aber auch große Völker, die jetzt nach der gescheiterten Gipfelkonferenz in die Arena treten und über zahllose Verbindungen zu verhindern versuchen, daß die "Großen" nicht nur sich, sondern die ganze Welt in das Unglück stürzen.

Das alles ist auch in Rechnung zu stellen, wenn wir Deutschen jetzt daran gehen, die Bilanz der Tage von Paris zu ziehen.

+ + +

Paris in Berliner Sicht

xxx - Wann Goethe einst sagte "Die Berliner sind ein besonders verwegener Menschenschlag", so hat dieses Wort wohl besonders in diesen Tagen seine Bestätigung gefunden. Genauer gesagt, seit den turbulenten Tagen in Paris. Die Berliner haben sich durch die alarmierenden Nachrichten aus der französischen Metropole nicht aus der Ruhe bringen lassen. Und wenn auch die Zeitungsverkäufer auf den Straßen die neuesten Meldungen aus Paris ausriefen, die bereits am ersten Tage von einem Scheitern der Konferenz sprachen, das Leben in der deutschen Hauptstadt wurde davon nicht beeinflusst.

Auf dem Kurfürstendamm waren die vielen Vorgärten der Café's dicht besetzt, und wenn auch das Hauptthema die Pariser Gipfelkonferenz war, so hätte man eher vermuten können, daß sich die Gäste über die neueste Mode oder über den neuesten Klatsch unterhielten. Die Spree-Athener waren und sind sich durchaus über die weltpolitische Bedeutung des Pariser Treffens im klaren. Sie haben aber in den vergangenen Jahren schon andere Situationen erlebt. Was sie über die nun gescheiterte Gipfelkonferenz dachten, sprachen sie recht unverblümt aus.

Auch der Berliner Senat nahm die Entwicklung am Wochenanfang mit Gelassenheit hin. Am Dienstag trat er pünktlich zu seiner Routine-Sitzung zusammen. Nachdem erst über neue Baumaßnahmen, allgemeine Verwaltungsangelegenheiten und einer ganzen Reihe von Berliner Fragen diskutiert wurde, kam man erst zum Schluß der Sitzung auf die Konferenz der Großen Vier zu sprechen. Von seiten des Senats wurde die Auffassung vertreten, daß man von Berlin aus gesagt habe, was zu sagen war. Die weitere Entwicklung könne man nur in Ruhe abwarten.

Vielleicht hat auch die feste Haltung des Regierenden Bürgermeisters Willy Brandt in den letzten Wochen dazu beigetragen, daß man in Berlin voller Vertrauen und Zuversicht ist. Willy Brandt hat die Probleme und die Haltung Westberlins vor führenden Staatsleuten der freien Welt mit Entschiedenheit vertreten. Die Berliner haben Vertrauen zu ihrem "Regierenden", der heute für Berlin das ist, was einst der unvergessene Ernst Reuter war.

Was sagte nun der Mann "von der Straße" zu Paris? "Von der Gipfelkonferenz halte ich nicht viel, aber nervös machen lassen wir uns deshalb noch lange nicht", so kommentierte ein Berliner Beurbeiter die heikle Lage. Eine Geschäftsfrau meinte, sie hätte gar nichts anderes erwartet und sei auch nicht im geringsten darüber erstaunt, wie der sowjetische "Zar" sich verhält. Mit boshafem Berliner Witz machte eine Blumenfrau ihrem Herzen Luft. "Die ganze Konferenz ist großer Wumpitz, aber eins sollte Chruschtschow wissen: uns kann koens!"

Der "Insulaner" verliert die Ruhe nicht. Davon sind anscheinend auch die in Berlin lebenden Ausländer angesteckt worden. So äußerte der stellvertretende Leiter des Berliner Büros einer großen amerikanischen Fluggesellschaft: "In New York bin ich nicht so sicher wie in Berlin. Meine Koffer bleiben ungepackt!"

Auch die großen Reisebüros haben von einer "Panikstimmung" nichts bemerkt. Die Buchungen laufen normal, und wer sich jetzt mit Reiseabsichten trägt, der denkt nur an einen Urlaub. Und wenn man das Berliner Verkehrsamt fragt, dort weiß man nicht, wie man die vielen in- und ausländischen Gäste unterbringen soll, die teils aus privaten teils aus geschäftlichen Gründen noch wie vor in die Stadt an der Spree kommen.

Der Jugend Vertrauen schenken

Von Bruno Kuster, Genf

David A. Morse, Generaldirektor des Internationalen Arbeitsamtes, hat zuhanden der bevorstehenden 44. Internationalen Arbeitskonferenz einen Bericht über das Thema "Jugend und Arbeit" veröffentlicht, der einige wesentliche Elemente zur weltweiten Diskussion der Jugendfrage beiträgt. Die Zahl der Jugendlichen zwischen 15 und 19 Jahren, die 1955 ungefähr 255 Millionen betrug, dürfte 332 Millionen im Jahre 1970 erreichen. Somit erhält der alte Gemeinplatz, wonach der Schlüssel der Zukunft in den Händen der Jugend liegt, eine neue, gewichtige Bedeutung.

Morse schiebt den Versuchen, sich philisterhaft über die angebliche Verderbtheit der heutigen Jugend zu ergehen, einen Riegel, indem er unmißverständlich erklärt: "Die Probleme der Jugend...gehen die ganze Gesellschaft an. Wenn in der Gesellschaft der Erwachsenen alles in Ordnung wäre, hätten wir uns nicht mit dem Schicksal der heranwachsenden Generation zu beschäftigen, wie wir es heute tun. Das heißt, daß es nicht genügt, nach Heilmitteln für die Leiden der Jugend zu suchen. Man muß diese Übel mit der Wurzel ausreißen und sich deshalb mit den grundlegenden Problemen unserer Gesellschaft auseinandersetzen. Bei dieser Aufgabe können die Jungen den Älteren helfen, eine Gesellschaft aufzubauen, die Sympathie einflößt und die Unterstützung aller findet."

Die besonderen Schwierigkeiten der jungen Menschen, sich in der Gesellschaft zurechtzufinden, sind teilweise darauf zurückzuführen, daß sich die wirtschaftlichen und sozialen Verhältnisse in völligen Wandel befinden. Das gilt nicht nur auf der Ebene der ethischen Wertmaßstäbe, sondern auch für die tägliche Wirklichkeit des Erwerbslebens. Neue Berufe entstehen in großer Zahl, während angesahene, "alte" Gewerbe zum Aussterben verurteilt sind. Die Anforderungen, die heute an Kenntnisse und Fähigkeiten der Jungen gestellt werden, weichen schon morgen neuen Notwendigkeiten. Auch ist vorauszusehen, daß proportional immer weniger Jugendlücke direkt ins Erwerbsleben eintreten, sich dafür aber umso zahlreicher in höheren Schulen einfinden werden.

Aber auch die Vorstellungen, die man noch über die "richtige" Berufswahl hat, hinken hinter den Bedürfnissen der Wirtschaft nach, woraus sich störende Konflikte ergeben. Der Zudrang zu den liberalen Berufen, wie Rechtswissenschaft, Literatur, Kunst usw. übersteigt im allgemeinen bei weitem die Nachfrage, während Techniker und Naturwissenschaftler ein "Mangelartikel" sind.

Das wirkliche Problem, sagt D.A. Morse, besteht in allen Ländern darin, die unerschlossenen Kräfte der Jugend im Rahmen der Entwicklung von Wirtschaft und Gesellschaft zu sinnvoller Entfaltung zu bringen. Heute ist es nötig, den Jungen wirksam zu helfen, ihre Ausbildung auch nach Abschluß einer elementaren Schulung immer noch weiter zu vervollkommen, damit sie nicht mit 25 oder 30 Jahren den Eindruck erhalten, in eine Sackgasse geraten zu sein, aus der keine Anstrengungen mehr hinausführen. Fähigen Leuten muss Gelegenheit geboten werden, ständig höher zu steigen.

Dem Gerechtigkeitsgefühl der Jugend Rechnung tragen, ihr verständnisvoll helfen, sich in der neuen Welt zurechtzufinden und Verantwortungen zu übernehmen, und versuchen, ihre Begeisterung für die Lösung der großen Zukunftsaufgaben zu wecken, lauten - abgesehen von sozialen Schutzmaßnahmen - die Empfehlungen des Internationalen Arbeitsamtes, die demnächst von Vertretern von 80 Ländern erörtert werden.

Wohnungsbau für "Normalverbraucher"

In Wuppertal gibt es in diesem Jahr eine besondere Attraktion: Die ersten "Normalverbraucher" ziehen in neue Wohnungen ein. Damit kann die Wuppertaler SPD nach vierjähriger Regierungszeit einen sichtbaren Beweis tatkräftiger Kommunalpolitik präsentieren. Für jungverheiratete Paare, für alteingesessene Wuppertaler, für alle, die seit Jahren zu den Dauerkunden des Wohnungsamtes gehören, für alle, die bisher kein Wohnungsbausonderprogramm erfaßte, wurden zum ersten Male Wohnungen gebaut. Wenn es zunächst auch nur 600 Wohnungen sind, so bedeutet dieser Anfang jedoch endlich einmal "grünes Licht". Der Anfang ist gemacht, die Wohnungsnot systematisch zu Ende zu führen.

"Wohnungsbau für Normalverbraucher" war die Wahlparole der SPD gewesen. Sie hat sich in die Tat umgesetzt, nachdem ihr die Bürgerschaft bei der letzten Gemeindevahl die absolute Mehrheit gab. Weil Wohnungsbau in Wuppertal aber leichter gesagt als getan ist, hatte sich die SPD eines der schwierigsten Unterfangen ausgesucht. Von den 139 000 Wohnungen, die Wuppertal 1939 besaß, waren nach dem Kriege 83 000 übriggeblieben. Zwar hatte man Ende 1959 den Vorkriegsstand fast wieder erreicht, aber inzwischen war die Bevölkerungszahl um mehr als fünf Prozent gewachsen. Eine Erhebung brachte ein niederschmetterndes Ergebnis: 16 000 Wohnungen fehlten im vorigen Jahr in der Stadt. Und die Prognose der Statistiker gab sich nicht viel rosiger: Sollte Wuppertal 1970 etwa 450 000 Einwohner haben, dann müssen weitere 12 000 Wohnungen gebaut werden.

Der Wohnungsbau dürfte also noch lange Wuppertals Kommunalpolitik beherrschen, denn eine weitere Misere, die nach schnellster Bereinigung schreit, ist die völlige Überalterung der verbliebenen Wohnungen. Achtzig Prozent der im Kriege verschont gebliebenen Wohnungen sind mehr als siebenzig Jahre alt. Ihre Häufung in der während der Jahrhundertwende planlos bebauten Elberfelder Nordstadt verlangt schnellste Sanierung.

Wuppertals Wohnungsbau hielt sich in den vergangenen Jahren innerhalb der Grenzen, die ihm private Bauinitiative und Finanzierungsmöglichkeiten steckten. Gemeinnützige und freie Wohnungsbaunternhmer erstellten von 1955 bis 1958 etwa mehr als 30 000 Wohnungen, rund 5 000 im Jahr. Bereits 1959 wurde diese unverbindliche Richtzahl erheblich unterschritten, und auch in diesem Jahr werden, trotz des städtischen Wohnungsbaus, höchstens 4 600 Wohnungen fertig werden. Die Finanzierungsschwierigkeiten der letzten Jahre wirken sich aus.

Aber der Wohnungsbau ist in Wuppertal nicht nur eine Frage der Finanzierung. Er wird vielmehr von der geringen verfügbaren Siedlungsfläche diktiert. Die topographische Lage der Stadt setzt enge Grenzen. 250 Meter beträgt der Höhenunterschied im schmalen, 35 Kilometer langen Wuppertal, in das eine Vielzahl von Seitentälern einmündet. Wer hier bauen will, muß tief in die Brieftasche greifen: 520 Mark kostet jeder Meter Schutzwasserkanal, und für den Bau von Siedlungsstraßen muß er viermal soviel Geld ausgeben wie in anderen Städten.

Für ihr erstes gezieltes Wohnungsbauprogramm hat sich die SPD den Südrhang eines Höhenrückens im Norden von Elberfeld ausgesucht. Das Gebiet ist, zwischen zwei Hauptverkehrsstraßen gelegen, an das Zentrum von Elberfeld verkehrstechnisch bereits gut angebunden. Verkehrsverbindungen nach dem zweiten Stadtzentrum Barmen sind leicht zu schaffen. Es ist für den Wohnungsbau in Wuppertal ein fast ideales Gelände. Deshalb wird hier, auf weite Sicht gesehen, ein neuer Stadtteil entstehen, der 18 000 Bürgern ein Zuhause geben soll.

Der Anfang zu diesem neuen Stadtviertel ist allerdings zeitgemäß bescheiden. Im Uellendahl - so heißt der Bezirk - entstehen in einem Bauabschnitt 42 Häuser verschiedener Größe mit 530 Wohnungen und 20 Eigenheime. Das kostet immerhin die runde Summe von 13,6 Millionen Mark. Aber mit diesen ersten Häusern ist bereits der Grundstein für das künftige Wohnviertel gelegt. Man baut aufgelockert, für Wuppertaler Verhältnisse fast zu weitläufig. Mit 260 Einwohnern pro Hektar bleibt selbst das baulandarme Wuppertal unter der zugelassenen Wohnfläche.

Man baut nach den neuesten Erkenntnissen des Städtebaus, vierstöckig, zweistöckig und freistehende Eigenheime. Jede Wohnung mit zeitgemäßem Komfort, Balkon, eingerichteter Küche und Bad. Zwischen 53 und 73 Quadratmeter werden die Wohnungen groß sein. Die Mieten dürften erschwinglich sein, 86 Mark die Zweieinhalb-, 107 Mark die Dreieinhalb- und 120 Mark die Viereinhalbzimmerwohnung.

Im gleichen Bezirk wächst auch noch eine Siedlung für Kinderreiche. Auch das war ein Anliegen der sozialdemokratischen Kommunalpolitiker: Endlich einmal Wohnungen für die, die wegen ihrer Kinderzahl von privaten Hauseigentümern oft abgewiesen werden. Der "Kleinwohnungsbau", ein gemeinnütziges Unternehmen, an dem die Stadt beteiligt ist, baut hier im Rahmen des Gesamtbebauungsplans 79 Eigenheime mit 114 Wohnungen. 5,5 Millionen DM kostet das Projekt. Zu jedem der Reihenhäuser gehört ein großer Garten, zusammen mit den geräumigen Wohnungen also das Ideal für Familien mit mehreren Kindern. Die Häuser mit Einliegerwohnung kosten 85 000 Mark, die Einfamilienhäuser 51 000 Mark. 15 000 oder 30 000 Mark sind je nach Hausgröße als Eigenkapital aufzubringen. Die Monatsbelastung des Erwerbers liegt dann bei 150 und die des Mieters bei 105 Mark.

Damit aber soll im Uellendahl der Wohnungsbau noch nicht beendet sein. Im Etat 1960 hat die SPD weitere Mittel bereitgestellt und die Verwaltung aufgefordert, für das Gebiet einen Generalbebauungsplan auszuarbeiten, damit es - hier sind auch noch einige kleine private Siedlungsvorhaben im Gange - eine einheitliche moderne städtebauliche Prägung erhält. Getreu der Devise "Neubauwohnungen für Normalverbraucher" werden schon bald die nächsten Bauvorhaben in Angriff genommen.

Christen können in allen Parteien mitarbeiten

sp - Im Schatten des heraufziehenden Wahlkampfes um die Mandate im Bundestag fand aus Anlass des Kreiskirchentages der Evangelischen Synode Jülich in Düren ein interessantes politisches Podiumgespräch statt. Der Justizminister des Landes Nordrhein-Westfalen, Dr. Flehinghaus, sprach für die CDU, der Bundestagsabgeordnete Dr. Heinemann für die SPD und der Abgeordnete im Landtag von Nordrhein-Westfalen, Schneider, für die FDP.

Dieses Podiumgespräch hat es verdient, publizistisch die Grenzen eines Kirchenkreises zu sprengen, denn es hat eindeutig gezeigt, daß maßgebende evangelische Christen in der CDU den Monopolianspruch ihrer Parteipropaganda auf die Stimmen aller Christen in der Bundesrepublik nicht mitmachen. Der Bundeskanzler und Parteivorsitzende der CDU, Konrad Adenauer, hat seinen Wahlkampf stets mit dem Argument geführt, daß ein Christ nur seine Partei wählen und in ihr arbeiten könne. Die Stellungnahme aus katholischen Kreisen, die noch bei den letzten Bundestagswahlen einen ähnlichen Standpunkt hervorkehrte, hat oft in den evangelischen Raum hineingewirkt. Nach der Diskussion um das "C" in Parteinaamen der Christlichen Demokraten hat jetzt Justizminister Flehinghaus in Düren festgestellt, er begrüße es, daß evangelische Christen in aller Parteien mitwirken könnten und bedauere einen Vorfall, wo ein Gemeindeglied nicht in das Presbyterium gewählt worden sei, weil es sich zur Sozialdemokratie bekannte.

Im übrigen gebe es für den evangelischen Christen kein allgemeingültiges christliches Leitbild, sondern die Einzelverantwortung sei stets entscheidend. Aus dieser These der evangelischen Theologie zog der SPD-Bundestagsabgeordnete Dr. Heinemann seinerseits den Schluß, daß es kein kollektives christliches Leitbild für den Staat gebe (wie es die CDU immer wieder zu konstruieren versucht), sondern die Politik müsse aus der Verantwortung des einzelnen Christen gestaltet werden. Daher könnten Christen auch in verschiedenen Parteien tätig sein.

Grossen Reiz in der CDU-Propaganda nimmt bekanntlich die Behauptung ein, die Union sei das politische Sammelbecken der katholischen und evangelischen Christen. Daß der evangelische Flügel der Kanzlerpartei jedoch zahlenmäßig und auch politisch eine untergeordnete Rolle spielt, zeigt die Äußerung Flehinghaus', der in Düren bedauerte, daß der Anteil der evangelischen Christen in seiner Partei zu gering sei.

Minister Flehinghaus wird für seine offenen Worte, die ein Gefühl für echte Toleranz widerspiegeln, gewiss kein Lob seines Parteichefs ernten. Für den Kanzler ist diese Art politischer Auseinandersetzung in Zeiten des Wahlkampfes keine Basis.

+ + +

Verantwortlich: Günter Markscheffel